LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21704**

09.10.2026

Kleine Anfrage 8874

des Abgeordneten Marcel Hafke FDP

FoKuS Kripo ein Jahr später – wie hat sich die tatsächliche Belastung der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen entwickelt?

Die Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen steht vor erheblichen Veränderungen ihrer Arbeitswirklichkeit. Neue Kriminalitätsphänomene, die zunehmende Bedeutung digitaler Beweismittel, komplexere Ermittlungsverfahren und zusätzliche Anforderungen an Dokumentation und Vorgangsbearbeitung verändern den personellen und zeitlichen Aufwand kriminalpolizeilicher Ermittlungen.

Bereits in der 17. Wahlperiode hatte der Landtag deshalb auf Initiative der damaligen Fraktionen von CDU und FDP beschlossen, die Belastungssituation sowie Organisation und Strukturen der Kriminalpolizei wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Das daraufhin von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen durchgeführte Forschungsprojekt „Kriminalitätsaufkommen und Stresserleben in der Kriminalpolizei Nordrhein-Westfalen“ – FoKuS Kripo – wurde im Mai 2025 abgeschlossen und im Innenausschuss des Landtags vorgestellt.

Die Untersuchung zeichnet ein differenziertes Bild. Eine flächendeckende und permanente Überlastung aller Kriminalkommissariate konnte danach nicht festgestellt werden. Gleichzeitig kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsbelastung in der Kriminalpolizei insgesamt hoch beziehungsweise leicht überdurchschnittlich ist. Die Untersuchung identifiziert zudem unterschiedliche objektive und subjektive Belastungsfaktoren.
Zu den Herausforderungen zählen unter anderem die zunehmende Komplexität kriminalpolizeilicher Arbeit, die Digitalisierung von Tatbegehung und Ermittlungsarbeit, besonders belastende Deliktsfelder sowie die Gewinnung und Bindung ausreichend qualifizierten Personals. Auch administrative Tätigkeiten können erhebliche Ressourcen beanspruchen. So zeigt die Untersuchung unter anderem Unterschiede beim wahrgenommenen zeitlichen Aufwand durch Berichtspflichten in Abhängigkeit von der Beschäftigungsdauer

Zur Ermittlung der objektiven Belastung hat das Forschungsprojekt neben Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik unter anderem Daten aus dem Vorgangsverwaltungssystem der Polizei ausgewertet. Hierzu gehörte ausdrücklich die Zahl der Vorgänge und insbesondere der sogenannten offenen Vorgänge.
Die Landesregierung hat als Reaktion auf die Belastungssituation verschiedene Maßnahmen ergriffen. Nach ihren Angaben stehen der Kriminalpolizei seit 2022 unter anderem mehr als 400 zusätzliche Ermittlerinnen und Ermittler zur Verfügung. Daneben wurden der Studienschwerpunkt „Ermittlungen“, Cybercrime-Inspektionen und digitale Tatortteams

Datum des Originals: 09.10.2026/Ausgegeben: 12.10.2026

eingerichtet. Weitere Maßnahmen wie Kriminalassistenten und Veränderungen des Vorgangsbearbeitungssystems wurden angekündigt.
Mehr als ein Jahr nach Vorlage der FoKuS-Kripo-Studie stellt sich daher die Frage, wie sich die anhand objektiver Kennzahlen messbare Belastung der Kriminalpolizei tatsächlich entwickelt hat und ob sich die eingeleiteten Maßnahmen inzwischen in einer Entlastung der Direktionen Kriminalität niederschlagen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Vollzeitäquivalente waren in den Direktionen Kriminalität der einzelnen Kreispolizeibehörden jeweils zum 1. Oktober der Jahre 2022 bis 2026 eingesetzt?

2. Wie viele polizeiliche Ermittlungsvorgänge wurden in den Direktionen Kriminalität der einzelnen Kreispolizeibehörden in den Jahren 2022 bis 2026 jeweils bearbeitet?

3. Wie viele offene Ermittlungsvorgänge bestanden in den Direktionen Kriminalität der einzelnen Kreispolizeibehörden jeweils zum 1. Oktober der Jahre 2022 bis 2026?

4. Wie hat sich die Zahl der in den Direktionen Kriminalität bearbeiteten Ermittlungsvorgänge je eingesetztem Vollzeitäquivalent in den einzelnen Kreispolizeibehörden in den Jahren 2022 bis 2026 entwickelt?

5. Wie viele der in den Direktionen Kriminalität zum 1. Oktober 2026 offenen Ermittlungsvorgänge waren zu diesem Zeitpunkt bereits länger als sechs Monate nicht abgeschlossen?

Marcel Hafke